

Germany-Göttingen: Financial leasing services

OJ S 87/2022 04/05/2022

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Stadt Göttingen

National registration number: DE 115 303 707

Postal address: Hiroshimaplatz 1-4

Town: Göttingen

NUTS code: DE91C Göttingen

Postal code: 37083

Country: Germany

Contact person: Zentrale Vergabestelle - Zimmer 102

E-mail: vergabestelle@goettingen.de

Telephone: +49 551400-2310

Fax: +49 551400-3201

Internet address(es):

Main address: www.goettingen.de

Address of the buyer profile: <https://www.vergabe.rib.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/3/tenderId/105641>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.vergabe.rib.de>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Fahrradleasing

Reference number: 1_2022

II.1.2. Main CPV code

66114000 Financial leasing services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Stadt Göttingen strebt den Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Nutzung eines Dienstrad-Leasings an. Hierfür wird ein Vertragspartner gesucht. Mit den Beschäftigten sollen entsprechende Überlassungs- und Nutzungsverträge abgeschlossen werden. Basis für die Vertragsgestaltung ist der „Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung zum Zwecke des Leasings von Fahrrädern im kommunalen öffentlichen Dienst“ (TV-Fahrradleasing). Das Angebot soll für alle rund 2.000 Tarifbeschäftigten der Stadt incl. Eigenbetrieb gelten.

Da die Beschäftigten aus der gesamten Region um Göttingen kommen, wird auf ein großes Netz an Fahrradhändlern in Göttingen und Umgebung sowie umfassende Serviceleistungen Wert gelegt.

Es besteht keine Abnahmeverpflichtung durch die Auftraggeberin. Die geschätzten Jahresbedarfe/Inanspruchnahmen können nicht konkretisiert werden, da für die vorliegende Dienstleistung noch keine Erfahrungswerte vorliegen.

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 215 000,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

34422000 Cycles with auxiliary motors, 34431000 Non-motorised bicycles

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE91C Göttingen

Main site or place of performance: 37085 Göttingen

II.2.4. Description of the procurement

Die Auftraggeberin möchte interessierten Tarif-Beschäftigten im Rahmen eines sogenannten Dienstrad-Leasingmodells Fahrräder mit oder ohne Motorunterstützung im Wege einer Brutto-Gehaltsumwandlung überlassen.

Derzeit sind ca. 2.000 Beschäftigte bei der Auftraggeberin tätig; es wird derzeit davon ausgegangen, dass maximal 5 Prozent der Berechtigten von dem Angebot Gebrauch machen dürften.

Der Auftragnehmer übernimmt (ggf. im Rahmen einer Bietergemeinschaft oder mit Unterauftragnehmern) für die Auftraggeberin Leasing und Versicherung der Fahrräder, Serviceleistungen (Wartung/Reparatur) sowie die Abwicklung der Bestell-, Rückgabe- und Schadenabwicklungsprozesse und soll die vorgenannten Beziehungen und Leistungen koordinieren und managen, sowie für eine kontinuierliche Leistungserbringung sorgen. Hierfür werden Rahmenverträge über die zu erbringenden Dienstleistungen abgeschlossen, für den keinerlei Kosten für die Auftragnehmerin entstehen.

Darüber hinaus schließt die Auftragnehmerin auf der Grundlage der Vorgaben der Leistungsbeschreibung/der übrigen Vertragsunterlagen eine Leasingrahmenvereinbarung und - sofern erforderlich- eine Rahmenversicherungs- sowie eine Wartungsrahmenvereinbarung mit dem Auftragnehmer oder einem vom Auftragnehmer bestimmten anderen Unternehmen ab. Die Auftraggeberin schließt für jedes von einer/einem Beschäftigten bestellte Fahrrad einen Einzelleasingvertrag mit dem Auftragnehmer. Für jeden Einzelleasingvertrag schließt die

Auftraggeberin einen Überlassungsvertrag (nach Vorgaben der Auftraggeberin) mit der/dem jeweiligen Beschäftigten, in welchem dessen Rechte und Pflichten in Bezug auf das Fahrrad und insbesondere die Gehaltsumwandlung geregelt werden.

Die Rahmenvereinbarung wird für die Dauer von 36 Monaten mit einseitiger Verlängerungsoption der Auftraggeberin von 12 Monaten abgeschlossen.

Die auf der Vereinbarung basierenden Einzelleasingverträge haben ebenfalls eine fixe Laufzeit von 36 Monaten. Die Laufzeit der Einzelleasingverträge können somit die Laufzeit der Rahmenvereinbarung überdauern. Alle in der Rahmenvereinbarung enthaltenen Leistungen sind bis zur Beendigung des letzten Einzelleasingvertrages zur Verfügung zu stellen. Die Betreuung durch den Auftragnehmer endet insofern mit Ablauf des letzten Einzelleasingvertrages.

Der Wert des Fahrrades darf 7.000 Euro brutto (inklusive leasingfähiges Zubehör) nicht überschreiten. Maßgeblich ist die unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.

Zur Gewährleistung der Attraktivität ist durch den Auftragnehmer ein umfangreiches Fahrradangebot bei mindestens zwei Filialen im Göttinger Stadtgebiet und mindestens sechs Filialen in der Umgebung (ca. 50 km Umkreis von Göttingen) sowie bei mindestens einem Online-Fachhändler anzubieten. Ein Nachweis des gesamten Händlernetzwerkes ist mit Angebotsabgabe zu belegen.

Die Gewährleistungsbedingungen und an das Fabrikat gebundene Garantiebestimmungen gelten für die Leasingobjekte uneingeschränkt.

Der Auftragnehmer hat für notwendige Reparaturen eine Liste der Vertragswerkstätten der Fahrradanbieter zur Verfügung zu stellen.

Zum Leistungsumfang des Auftragnehmers gehört für jeden Einzelleasingvertrag ein Wartungspaket.

Eine vorzeitige Beendigung der Nutzungsüberlassung durch die/den Beschäftigten und eine Rückgabe des Fahrrads während des vorab definierten Nutzungszeitraums ist grundsätzlich nicht möglich und nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig.

Für die Abwicklung des gesamten Dienstrad-Leasings-Prozesses wird durch den Auftragnehmer ein ganzheitliches Onlineportal zur Verfügung gestellt. Dieses muss u.a. einen vollständig digitalen Bestellprozess ermöglichen.

Der Auftragnehmer unterbreitet den Beschäftigten ohne weitere Beteiligung der Auftraggeberin nach Ablauf des Einzelleasingvertrages ein Angebot zur Übernahme des geleasteten Fahrrads.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Händlernetz - Größe des Händlernetzes (über die Mindestanforderungen hinaus) / Weighting: 5

Quality criterion - Name: Versicherung - zusätzliche (unentgeltliche) Versicherungsleistungen (über die Mindestanforderungen hinaus) / Weighting: 10

Quality criterion - Name: Störfallkonzept (Ablauf bei Störfällen, Kommunikation über Onlineportal, jährliche Rückgabequote) / Weighting: 15

Quality criterion - Name: Onlineportal (Übersichtlichkeit, Menüführung, Administration, Möglichkeit der Individualisierung/Branding) / Weighting: 10

Quality criterion - Name: IT- und Datenschutzkonzept (IT- und Datensicherheit über die festgelegten Mindestanforderungen hinaus) / Weighting: 5

Quality criterion - Name: Umsetzungskonzept - Ablauf/Umfang Implementierung, Schulung der Mitarbeitenden mit administrativen Aufgaben, Kick-Off-Veranstaltungen sowie Rückgabevorganges nach Leasingzeit, Marketingstrategie / Weighting: 10

Quality criterion - Name: Selbstpräsentation (Selbstpräsentation des Unternehmens - Vorstellung des Angebots) / Weighting: 10

Cost criterion - Name: monatliche Leasingrate incl. Kosten Wartungs- und Versicherungspaket / Weighting: 35

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 215 000,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 36

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Der Auftrag beginnt am 15.08.2022 und endet am 14.08.2025. Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Rahmenvereinbarung einmalig um zwölf Monate zu den Bedingungen dieser Auftragsbekanntmachung bis zum 14.08.2026 zu verlängern.

Die Inanspruchnahme der Verlängerungsoption wird spätestens zum 14.02.2025 schriftlich mitgeteilt.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Option auf Vertragsverlängerung; vgl. Ziff. II.2.7 -Laufzeit des Vertrags.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Bestandteil des Vergabeverfahrens ist eine Selbstpräsentation der Bieter. Näheres zum Verfahren ist der Ziff. 2 der Leistungsbeschreibung -Wertung der Angebote- zu entnehmen.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

- Handels- bzw. Berufregistrauszug (nicht älter als 12 Monate zum Stichtag der Angebotsöffnung),
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen des zuständigen Finanzamtes sowie der Sozialversicherungen und der zuständigen Berufsgenossenschaft,
- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach 123 Abs. 1-4 GWB und nach 124 Abs. 1 GWB (Formblatt Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen_GWB),

Die vorgenannte Erklärung wird zur Feststellung der Unternehmenseignung herangezogen. Im Geltungsbereich des GWB versichert der Bieter mit diesen Erklärungen, dass fakultative bzw. zwingende Ausschlussgründe im Sinne der §§ 123, 124 GWB nicht vorliegen. Sollte eine der dort genannten Erklärungen nicht zutreffen, kann zur Vermeidung eines

Unternehmensausschlusses der Nachweis einer Selbstreinigung gemäß § 125 GWB geführt werden.

Mit dem Angebot ist der Nachweis zu erbringen entweder durch die von der AG abrufbare Eintragung in das allgemein zugängliche Präqualifikationsverzeichnis (z.B. <https://amtliches-verzeichnis.ihk.de/>) bzw. einer anderen für die AG kostenfreien Datenbank innerhalb der EU) oder vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende „Eigenerklärung zur Eignung“ (Formblatt 124_LD) oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE). Im Falle einer Präqualifizierung kann dies bei Abgabe eines Angebots durch Angabe der Registrierungsnummer angegeben werden. Sofern von der AG Nachweise gefordert werden, die nicht in den v. g. Datenbanken enthalten sind, sind diese ergänzend einzureichen. Nicht präqualifizierte Unternehmen können als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung mit dem Angebot auch eine EEE abgeben. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, ist die Eigenerklärung auf gesondertes Verlangen durch Vorlage in der Eigenerklärung genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Als ausreichende Belege werden von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Unternehmens ausgestellte Bescheinigungen anerkannt. Die Erklärungen müssen in deutscher Sprache verfasst oder ggf. von einem amtlich anerkannten Übersetzer übersetzt, aktuell sein und noch den gegenwärtigen Tatsachen entsprechen.

Eignungsnachweise durch Präqualifizierungsverfahren werden zugelassen. Ausländische Bieter haben gleichwertige Nachweise des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen.

Die Vergabestelle ist nach § 19 Absatz 4 Mindestlohngesetz, § 21 Absatz 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Absatz 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlags-/ Auftragserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Wettbewerbsregistergesetz abzurufen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Mit dem Angebot sind zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bieters folgende Erklärungen/Unterlagen beizufügen:

1. Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung

Bei einer Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder in voller Höhe bestehen. Die Erklärung oder der Nachweis darf nicht älter als 12 Monate sein und muss dem Angebot beigelegt werden.

Der Nachweis ist grundsätzlich durch eine verbindliche Deckungsbestätigung der Versicherung zu erbringen.

Wenn oder soweit eine Versicherung in der o. g. Höhe zum Zeitpunkt des Angebots nicht vorliegt, kann der Nachweis durch eine rechtsverbindliche Eigenerklärung des Bieters über den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Auftragsfall nebst einer schriftlichen Erklärung eines in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitutes über die Bereitschaft zum Abschluss einer solchen Versicherung im Auftragsfall. erbracht werden.

Hinweis: Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften ist der Nachweis durch verbindliche Deckungsbestätigung oder rechtsverbindliche Erklärung über den Abschluss einer entsprechenden Erklärung im Auftragsfall durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/ Arbeitsgemeinschaft beizubringen.

- Eigenerklärung über den Nettogesamtumsatz des Bieters für die letzten 3 Geschäftsjahre, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind. Bei einer Bietergemeinschaft sind die jeweiligen Gesamtumsätze der

Mitglieder pro Geschäftsjahr zu addieren und die Summe ist je Geschäftsjahr unter Gesamtumsatz anzugeben. Sofern die entsprechenden Angaben nicht verfügbar sind ist dies zu erläutern.

- Eigenerklärung über den Nettoumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten 3 Geschäftsjahre, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind. Sollte der tätigkeitsbezogene Umsatz nicht genau ermittelt werden können, ist jeweils ein tätigkeitsbezogener Umsatz anzugeben, der in dem betreffenden Geschäftsjahr mindestens erzielt worden ist. Der Wert ist dann entsprechend zu kennzeichnen. Bei einer Bietergemeinschaft sind die jeweiligen Umsätze im Tätigkeitsbereich des Auftrags der Mitglieder pro Geschäftsjahr zu addieren und die Summe ist je Geschäftsjahr unter Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages anzugeben. Sofern die entsprechenden Angaben nicht verfügbar sind ist dies zu erläutern,
 - Erklärung, dass das Unternehmen der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß nachgekommen ist,
 - Erklärung, dass der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern nachgekommen wurde,
 - Erklärung des Unternehmens, dass über das Vermögen kein Insolvenzverfahren oder ein Vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
 - Eine Erklärung des Unternehmens, dass sich die Firma nicht in Liquidation befindet.
 - Soweit erforderlich: Nachweis einer Steuerbefreiung ist dem Angebot als Anlage beizufügen.
- Die Erklärungen müssen in deutscher Sprache verfasst oder ggf. von einem amtlich anerkannten Übersetzer übersetzt, aktuell sein und noch den gegenwärtigen Tatsachen entsprechen.

Mit dem Angebot ist der Nachweis zu erbringen entweder durch die vom der AG abrufbare Eintragung in allgemein zugängliche Präqualifikationsverzeichnisse oder vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende „Eigenerklärung zur Eignung“ (Formblatt 124_LD) oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE).

Minimum level(s) of standards possibly required:

Nachweis einer bestehenden Haftpflichtversicherung mit folgenden Haftungssummen (Mindestanforderung):

- Mindesthöhe jeweils für Personen- und Sach-/Vermögensschäden 1,5 Mio. EUR

Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das zweifache vorstehend genannten Deckungssummen pro Jahr betragen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Mit dem Angebot sind zur Prüfung der beruflichen Leistungsfähigkeit des Bieters folgende Erklärungen/Unterlagen beizufügen:

- Referenzliste (mindestens eine geeignete Referenz mit Benennung des Auftraggebers /Trägers, Ansprechpartner, Anschrift und Telefonnummer.

Die Vergabestelle behält sich ausdrücklich vor, im Einzelfall folgende Nachweise vor einer Auftragserteilung zu fordern:

- weitere vergleichbare auftragsbezogene Referenzen, die Erfahrungen belegen können
- Nachweis/Darstellung des gesamten Händlernetzwerkes
- Nachweis/Darstellung der Risiko-Versicherungsbedingungen
- Störfallkonzept
- IT- und Datenschutzkonzept
- Umsetzungskonzept

[vgl. Ziff. II.2.5) Zuschlagskriterien]

Minimum level(s) of standards possibly required:

Es werden nur Referenzen als geeignet eingestuft, die in dem Zeitraum seit dem 01.01.2018 bis zum Ablauf der Frist zur Einreichung der Angebote mindestens 12 Monate Leistungserbringung aufweisen und deren Auftragsgegenstand das Fahrradleasing für Auftraggeber mit mindestens 1000 Beschäftigten bzw. mindestens 50 Einzeleasingverträge umfasst.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Im Fall der Bildung einer Bietergemeinschaft:

Angabe, ob die Bietergemeinschaft für den Fall der Auftragserteilung eine bestimmte Rechtsform gemäß § 43 Abs. 3 VgV annimmt. Die Abgrenzungen der Aufgabenverteilung innerhalb der Bietergemeinschaft sind eindeutig anzugeben

- Unterbeauftragungen sind zugelassen.

Im Falle der Einbindung von Unterauftragnehmern ist eine Erklärung zum vorgesehenen Unterauftragnehmereinsatz und zu Art und Umfang der Teilleistungen vorzulegen; spätestens vor Auftragserteilung ist eine Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers vorzulegen, dem Hauptauftragnehmer im Auftragsfall die erforderlichen Mittel bzw. Leistungen zur Verfügung zu stellen. Die Regelungen zur Tariftreue werden Vertragsbestandteil und gelten entsprechend für sämtliche Unterbeauftragungen.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 14/06/2022 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 12/08/2022

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 14/06/2022 Local time: 10:00

Place:

Stadt Göttingen; Zentrale Vergabestelle -Zimmer 102-
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen.

Information about authorised persons and opening procedure: Die Angebotsöffnung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic ordering will be used

Electronic invoicing will be accepted

VI.3. Additional information

Die Vergabeunterlagen werden unter <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/3/tenderId/105641> zum Abruf zur Verfügung gestellt.

Bieter müssen sich für den Abruf der Vergabeunterlagen und für die elektronische Angebotsabgabe auf der eVergabe-Plattform registriert (<https://www.meinauftrag.rib.de/public/registerCompany>) und beworben (<http://meinauftrag.rib.de/hilfe/bewerben.html>) haben. Für die Abgabe eines Angebotes verwenden Sie den Bieterclient ava-sign 2021 (Version V2.04) der Vergabeplattform (https://meinauftrag.rib.de/hilfe/bieterclient_laden.html).

Informationen erhalten Sie auch unter https://meinauftrag.rib.de/hilfe/erste_schritte.html. Unter <https://meinauftrag.rib.de/hilfe/angebot-abgeben-abgabeassisten.html> sind u.a.

Schulungsvideos für die elektronische Angebotsabgabe abrufbar. Ein möglichst umgehender Abruf der Vergabeunterlagen nach Aufforderung durch die Auftraggeberin wird im Bieterinteresse empfohlen.

1) Unternehmen haben die Vergabeunterlagen unverzüglich auf Vollständigkeit der Unterlagen sowie auf Unklarheiten zu überprüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, so haben sie unverzüglich und vor Abgabe eines Angebots darauf hinzuweisen.

Unternehmen werden aufgefordert, ihre Fragen im Interesse einer schnellen Beseitigung von Unklarheiten frühzeitig und vorab zu übermitteln. Unternehmen haben Verstöße gegen Vergabevorschriften zu rügen.

Es gelten die Bestimmungen in § 160 Abs. 3 GWB. Soweit der Rüge nicht abgeholfen wird, ist das rügende Unternehmen insbesondere verpflichtet, innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Mitteilung einen Nachprüfungsantrag bei der zuständigen Vergabekammer einzureichen. Ansonsten ist der Antrag gemäß § 160 Abs. 3 GWB unzulässig.

Bieter/Bewerber stehen in der Verantwortung, eventuelle Nachträge und Mitteilungen zu beziehen; derartige Informationen können nur registrierten oder legitimierten Bewerbern automatisch zugesandt werden. Alle nichtregistrierten Bewerber müssen regelmäßig die auf der Vergabeplattform einsehbaren Vergabeunterlagen einschl.Fragen-/Antwortenkatalog auf etwaige Änderungen prüfen (vgl. VK Südbayern, Beschluss vom 17.10.2016 –Z3-3-3194-1-36-09/16);

2) Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebots verwendet werden;

3) Aufwendungen des Bieters im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens, insbesondere für die Angebotserstellung, werden nicht vergütet. Mit Angebotsabgabe erklärt sich der Bieter mit dieser Regelung einverstanden;

- 4) Fragen zu den Vergabeunterlagen oder Auskünfte zu diesem Vergabeverfahren im Allgemeinen können bis zum 07.06.2022 – 12:00 Uhr über das Vergabeportal (http://meinauftrag.rib.de/hilfe/frage_stellen.html) gestellt werden. Im Zeitraum vom 25.05.-03.06.2022 eingehende Fragen werden voraussichtlich ab 07.06.2022 beantwortet. Das Risiko der vollständigen und lesbaren Übermittlung des Auskunftersuchens trägt das anfragende Unternehmen;
- 5) Das Vergabeverfahren wird ausschließlich elektronisch abgewickelt. Das Angebot ist spätestens zum unter Ziff. IV.2.2) festgelegten Termin ausschließlich in elektronischer Form über das Vergabeportal einzureichen.
Eine Angebotsabgabe in Papierform, Fax oder E-Mail ist nicht zulässig und führt zwingend zum Angebotsausschluss.
- 6) Die Abgabe von Nebenangeboten sind nicht zugelassen.
- 7) Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist (§ 165 Abs. 2 GWB). Jeder Beteiligte hat bei Angebotsabgabe auf den Geheimschutz hinzuweisen und dies im Angebot entsprechend kenntlich zu machen. Erfolgt keine Kenntlichmachung, kann die Vergabekammer von der Zustimmung auf Einsicht ausgehen (§ 165 Abs. 3 GWB).

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung
Postal address: Auf der Hude 2
Town: Lüneburg
Postal code: 21339
Country: Germany
E-mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de
Telephone: +49 4131151331
Fax: +49 4131152943
Internet address: http://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/aufsicht_und_recht/vergabekammer/vergabekammer-niedersachsen-93032.html

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Betreffend die Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf § 160 GWB verwiesen.

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein;
(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht.

Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht;

- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

- 1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Postal address: Auf der Hude 2

Town: Lüneburg

Postal code: 21339

Country: Germany

E-mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Telephone: +49 4131151331

Fax: +49 4131152943

Internet address: http://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/aufsicht_und_recht/vergabekammer/vergabekammer-niedersachsen-93032.html

VI.5. Date of dispatch of this notice

29/04/2022